

# Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 3/08 (Mai bis Juni 2008)

## Bundeswehreinätze im Ausland

Für die Ausbildung der Armee in **Afghanistan** will die Bundeswehr die Zahl ihrer Ausbilder auf 220 verdoppeln und für die Ausbildung der afghanischen Polizei stellt sie weitere 15 Feldjäger zu den bereits eingesetzten 30 zur Verfügung. Das Bundesinnenministerium seinerseits will die Anzahl der deutschen Polizeiausbilder auf 100 erhöhen. (FR 02.05.08, taz 16.05.08)

Im Zusammenhang mit einem öffentlichen Appell Anfang April in Lemgo anlässlich der Entsendung einer 200 Mann starken „Schnellen Eingreiftruppe“ nach Afghanistan gab Kriegsminister Jung bekannt, dass bisher 250.000 deutsche Soldaten im Ausland eingesetzt waren. Er betonte: „Die Einsätze prägen mittlerweile das Bild der Bundeswehr nach innen und nach außen.“ (jW 04.06.08)

Ende Juni wurde von Kriegsminister Jung befohlen, dass der Bundestag im Oktober die „Obergrenze“ der in Afghanistan eingesetzten deutschen Soldaten von 3.500 auf 4.500 erhöhen solle. Die Bundeswehr wolle auch mehr afghanische Soldaten ausbilden und schon im nächsten Jahr 7.500 von ihnen „betreuen“. (FR 25.06.08)

Am 5. Juni verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten in **Kosova**, die bereits seit zehn Jahren vor Ort sind. Nach wie vor stellt die Bundeswehr mit aktuell 2.870 Soldaten das größte Truppenkontingent aller imperialistischen Armeen in Kosova. (FR 28.05.08, jW 06.06.08)

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat die Bundesmarine in den Gewässern **Nordostafrikas** bereits im ersten halben Jahr ihres Mandates, das Mitte November 2001 erstmals erteilt wurde, mindestens vier sogenannte „Piratenboote“ geentert und damit gegen dieses Mandat verstoßen. Ebenfalls entgegen diesem Mandat gewährte die Bundesmarine wiederholt Kriegsschiffen anderer imperialistischer Armeen aktiven Geleitschutz. Mittlerweile beklagt das Kriegsministerium, dass die Bundesmarine nicht gegen flüchtende „Seeräuber“ vorgehen darf. (taz 04.06., 26.06.08)

## Deutsche Flüchtlingspolitik wird europäische Flüchtlingspolitik

Am 18. Juni stimmte das Europaparlament mehrheitlich für eine „Rückführungsrichtlinie“ die u. a. eine Abschiebehaft von bis zu 18 Monaten und ein Wiedereinreiseverbot der Flüchtlinge für die gesamte EU für die Dauer von fünf Jahren vorsieht. Die Bundesregierung konnte sich mit ihrer Forderung durchsetzen, die Abschiebehaft nicht auf drei Monate zu begrenzen, sondern sie der deutschen Gesetzgebung anzupassen, welche die Möglichkeit einer 18-monatigen Haftdauer vorsieht. (jW 19.06.08)

## Weiterer deutscher Staatsterror gegen die kurdische Befreiungsbewegung

Am 7. Mai durchsuchte in Wuppertal die deutsche Polizei Studioräume des kurdischen Senders Roj TV, Räumlichkeiten der Produktionsfirma VIKO und Wohnungen von 15 Mitarbeitern des Senders, der in den Niederlanden ansässig ist und sich für die kurdische Befreiungsbewegung engagiert. Bei der Razzia wurden u. a. Computer, Dokumente und Aufzeichnungen beschlagnahmt. Die Razzia

ging einher mit einer seit Dezember letzten Jahres großangelegten militärischen Offensive der türkischen Armee gegen die kurdischen Gebiete. Ende Juni dann schlug das Bundesinnenministerium noch einmal zu und verbot kurzerhand den kurdischen Fernsehsender Roj TV. (jW 09.05., 25.05.08)

## Bundeswehr unterstützt Nazis

Die Bundeswehr lässt von der Nazi-Verlagsgruppe Mönch ihre Zeitschrift „wehrtechnik“ drucken (Auflage 12.000), die als ein zentrales publizistisches Verbindungsglied zwischen der deutschen Armee und der deutschen Rüstungsindustrie gilt und in dessen Redaktionsbeirat führende Militärs und Politiker des deutschen Imperialismus vertreten sind. In dem der Mönch-Gruppe zugehörigen Verlag Bernard & Graefe erscheinen u. a. Bücher von Dönitz und Manstein. Das „Panzermuseum“ in Munster ist zudem Anzeigenkunde bei der „Deutschen Militärzeitschrift“, die selbst von offizieller Seite als „rechtsextrem“ eingestuft wird. (jW 14.06.08)

## Nazis unterstützen deutsche Polizei

Nach einer Erklärung des bayerischen Innenministeriums vom 7. Mai ist es der Polizei in Bayern nun auch offiziell erlaubt Spitzelfotos für Ermittlungen zu verwenden, die Nazis von Antifaschistinnen und Antifaschisten für ihre „schwarzen Listen“ angefertigt haben. (jW 08.05.08)

## Kriegsdienstverweigerer im Hungerstreik

Nachdem der sich als Totalverweigerer verstehende Matthias Schirmer, der am 1. April zur Bundeswehr einberufen und fünf Tage später von Feldjägern in eine Kaserne verschleppt wurde, zum zweitenmal vom deutschen Militär zu einer 21-tägigen Haftstrafe, „zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung“, verurteilt wurde, trat er am 9. Mai in den Hungerstreik. Nach zwölf Tagen Hungerstreik und solidarischer Unterstützung von Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gab das Militär nach. Der zuständige Militärrichter gab bekannt, einer weiteren Haft nicht zuzustimmen. Ende Mai wurde Schirmer aus der Haft entlassen, da „die Maßnahme keinen erzieherischen Charakter“ erzielen würde. (jW 15.05., 22.05.08, FR 23.05.08)

## Staatlicher Terror gegen die protestierenden Flüchtlinge von Katzhütte

Um die seit Anfang März laufenden Proteste von im thüringischen Flüchtlingslager Katzhütte internierten Flüchtlingen zu unterdrücken, verschärfte der deutsche Staatsapparat seine Zwangsmaßnahmen gegen die Protestierenden. Einigen Flüchtlingen wurde das „Angebot“ gemacht, sich freiwillig umverteilen zu lassen. Nachdem 10 Flüchtlingsparteien, darunter vier Familien, sich weigerten und an ihren Forderungen festhielten, mussten am 1. Mai unter polizeilicher Gewalt zwei Sprecher der Flüchtlinge ihre Sachen packen und wurden in andere Lager zwangsumverteilt. Einer der Sprecher sollte zudem am 21. Mai abgeschoben werden, was nur durch die Einholung eines gerichtlichen Eilentscheids noch verhindert werden konnte.

Die Flüchtlinge in Katzhütte setzten ihre Proteste fort. Sie protestieren u. a. gegen die sehr schlechten Lebensbedingungen in den verschimmelten Baracken und für eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen.

(anna 22.05., 05.06.08 jW 21.05.08)

## Tod eines dunkelhäutigen Franzosen in Polizeihaft

Erst nach dem Todesfall von Adem Özdamar, der in einer Hagener Polizeiwache bäuchlings gefesselt ins Koma fiel und drei Wochen später im Krankenhaus starb, wurde bekannt, dass bereits am 14. Mai 2007 ein dunkelhäutiger Franzose, ebenfalls in einer Hagener Polizeiwache, unter den gleichen Umständen ums Leben kam. Die Ermittlungen wurden damals nach wenigen Wochen unter Ausschluss der Öffentlichkeit eingestellt. Ende Juni wurden dann auch die Ermittlungen zum Tode Özdamar von der Hagener Staatsanwaltschaft eingestellt. (FR 20.05., 24.06.08)

## Abschiebung zweier Flüchtlinge in einen Folterstaat

Am 14. Mai wurden zwei Flüchtlinge aus Eritrea abgeschoben. Die Flüchtlinge waren vom eritreischen Militär desertiert. Einer von ihnen gab zudem an, dass er sich geweigert hatte, sich an den Folterungen von Häftlingen zu beteiligen. Ihr Asylantrag war wegen „mangelnder Glaubwürdigkeit“ abgelehnt worden, das Verwaltungsgericht Frankfurt sah eine Verfolgungsgefahr der Flüchtlinge in ihrem Herkunftsland als „offensichtlich“ nicht gegeben an. In Eritrea selbst wurden die Flüchtlinge nach ihrer Abschiebung umgehend inhaftiert. Seither fehlt jede Nachricht von ihnen. Ein weiterer Flüchtling, der aus der eritreischen Armee desertiert war, steht unmittelbar vor seiner Abschiebung. (anna, Nr. 12/2008)

## Urteil zu Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter

Nach einem Urteil des höchsten italienischen Zivilgerichts, des Kassationsgerichtshofes, haben italienische Militärinternierte des Zweiten Weltkriegs das Recht eine Entschädigungszahlung von Deutschland zu erhalten. Die bisherige deutsche Berufung auf „Staatenimmunität“ wurde von

## Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:  
Buchladen Georgi Dimitroff  
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt  
Fax: 069/730920

den italienischen Richtern verworfen. Deutschland kündigte an, eventuell den Internationalen Gerichtshof in Den Haag einzuschalten. Gleichzeitig betonte die von Deutschland eingerichtete Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern: „Es ist kein Geld mehr da.“ Ende Juni bekräftigte die Bundesregierung, dass die italienischen Kriegsgefangenen, die Zwangsarbeit leisten mussten, keine Entschädigung erhalten werden. In Italien leben noch ungefähr 100.000 ehemalige von Deutschland ausgebeutete Zwangsarbeiter. (FR 07.06, 09.06.08, jW 26.06.08)

### Antisemitischer Gerichtsprozess

Mitte Mai endete in Frankfurt am Main ein Prozess gegen einen 23-jährigen Mann, der mit den Worten „Du Scheißjude, ich bring dich um“ am 7. September letzten Jahres mit einem Messer auf einen Rabbi einstach und diesen sehr schwer verletzte. Der Rabbi erlitt eine 18 Zentimeter tiefe Bauchwunde.

Während des Prozesses wurden dann lang und breit absurde Vorwürfe gegen den Rabbi erhoben. Die „Frankfurter Rundschau“ kommentierte zur Freude der Antisemiten: „Im Laufe der Verhandlungen wurde der Rabbi zunehmend schmalpiger.“

Der Täter selbst wurde zu nur dreieinhalb Jahren Haft verurteilt und wurde nach dem Richterspruch, aus juristischen Gründen, vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Mit der Urteilsverkündung wurde gleichzeitig die antisemitische Motivation des Täters gelegnet. Laut Staatsanwältin Niesen sei in dem Begriff „Scheißjude“ kein antisemitischer Hintergrund erkennbar. Das Gericht schloss sich dieser antisemitischen Hetzmeinung an.

(FR 06.05, 21.05.08, jW 22.05.08)

### Prozess „gegen“ einen Nazi-Mörder

Fünf Jahre lang wurde über einen Nazi-Mörder verhandelt, der 2003 einen Punker totgeschlagen hatte, einem anderen Punker zertrümmerte er mit Fußtritten das Gesicht. Gegen den Nazi-Mörder liefen zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Bewährungsstrafen; eine wegen Körperverletzung. Beide Bewährungsstrafen wurden ihm dann während der laufenden Ermittlungen zu dem Mord erlassen. Nach der fünfjährigen Verhandlung wurde am 19. Juni vom Landgericht Erfurt das Urteil verkündet. Der Nazi-Mörder wurde nur zu einer Bewährungsstrafe und zur Ableistung von 200 Arbeitsstunden verurteilt. Der Richter machte u. a. geltend, dass die Tat einen „heilsamen Schock“ bei dem Angeklagten ausgelöst hätte, zudem sei die lange Verfahrensdauer belastend für ihn gewesen. (jW 20.06.08)

### Morddrohungen gegen einen antifaschistischen Gewerkschafter

Der antifaschistische Gewerkschafter Rainer Sauer, der in Bocholt Demonstrationen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche organisiert, wird seit Mitte letzten Jahres von Nazis terrorisiert. Am 10. Mai 2008 wurde dann im Internet eine offene Morddrohung gegen ihn veröffentlicht, gleichzeitig erhielt er einen Brief in dem stand: „Wir werden euch ausrotten.“

Sauer bat um Polizeischutz. Die Polizei stellte fest, dass die „Gefährdungslage“ nicht konkret sei und Sauer somit keinen Polizeischutz erhalte.

Dermaßen ermuntert steigerten die Nazis ihren Terror. In der Nacht zum 30. Mai wurden vor Sauer Haus mehrere Schüsse abgefeuert. Die Polizei „ermittelt“ gegen Unbekannt. (anna 22.05.08, Jungle World 29.05.08, jW 04.06.08)

### Erneute Nazi-Wahlerfolge bei Kommunalwahl in Sachsen

Die bereits im Jahre 2004 alarmierend hohen Wahlerfolge der NPD in Sachsen, wurden in diesem Jahre um das vierfache übertroffen. Die Nazis sind nach der diesjährigen Kommunalwahl in sämtlichen sächsischen Landkreisen vertreten. Landesweit erhielt sie 5,1 Prozent aller Stimmen. In Reinhardtsdorf-Schönau allein erhielt sie 25,2 Prozent aller Stimmen (die SPD kam dort auf 3,7 Prozent). (jW 10.06.08, taz 14.06.08)

### Nazi-Terror nach offiziellen Angaben

Nach offiziellen Angaben stieg im März dieses Jahres die Zahl der bundesweiten Nazistraftaten auf den höchsten Stand seit sechs Jahren. Insgesamt verübten die Nazis im März 2008 1.311 Straftaten, alle 25 Minuten eine. (jW 14.05.08)

In den ersten vier Monaten 2008 wurden mehr Nazi-Straftaten verübt als im gleichen Zeitraum der letzten beiden Jahre. Von mehr als 3.400 Straftaten in den ersten vier Monaten des Jahres 2006 und mehr als 3.500 des Jahres 2007 stieg die Zahl auf über 4.500 im Jahre 2008 an. (Jungle World 19.06.08)

### Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

In den Monaten Mai und Juni kam es zu ca. 25 Proteste und Aktionen gegen Nazis u. a. in den Orten Bremen, Dortmund, Wuppertal, Berlin, München, Moers, Duisburg, Potsdam, Wiesbaden, Günzburg, Weißenhohe, Köln, Frankfurt/M., Mahlow, Joachimsthal, Finowfurt und Pinneberg. Gegen den provokatorischen Aufmarsch von ca. 1.000 Nazis am 1. Mai in **Hamburg** demonstrierten 10.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten auch mit militanten Aktionen. Die Nazis wurden von 2.500 Polizisten vor den Protesten geschützt. Ebenfalls am 1. Mai protestierten in **Nürnberg** 4.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 1.000 Nazis. In Nürnberg rotteten sich 3.000 Polizisten zusammen, um die Nazis zu schützen. Die Polizei ging mit Knüppel- und Reizgasangriffen gegen die Protestierenden vor und verletzte mehrere von ihnen schwer.

(Zu den Anti-Nazi-Kämpfen am 1. Mai 2008 siehe das Flugblatt von *Gegen die Strömung* Nr. 5/08: „Gegen Nazis und Polizeigewalt. Zu den Erfahrungen der militanten Kämpfe am 1. Mai 2008“)

Gegen den Parteitag der Nazi-Partei NPD protestierten am 25. Mai in **Bamberg** 3.000 Antifas. Die Polizei nahm mindestens 20 Antifas vorläufig fest. (jW 26.05.08)

Am 25. Mai schützten 700 Polizisten in **Düsseldorf** ein Aufgebot von 25 Nazis vor den Protesten von 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Die blockierten Nazis wurden von der Polizei umsorgt. Ein Uralt-Nazi konnte in einem Polizeifahrzeug den blockierten Platz verlassen. Anschließend versuchte die Polizei vergeblich Taxis zu organisieren (schon der erste Taxifahrer weigerte sich Nazis in sein Auto einsteigen zu lassen), dann zwangen sie eine U-Bahn zu einem Halt außerhalb einer Haltestelle und zur Aufnahme der Nazis. (jW 27.05.08)

### Streikkämpfe für sogenannte Altersteilzeitregelung

Für eine tarifliche Regelung der Altersteilzeit kam es im Mai und Juni zu bundesweiten Warnstreiks der Werktätigen der Metall- und Elektroindustrie. So gingen am 26. Mai in Stuttgart 2.500 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße. In Sindelfingen streikten am 6. Juni 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter des Daimler-Werkes. Bis zum 6. Juni be-

teiligten sich weit über 100.000 Werkstätige von ca. 150 Betrieben an den Streiks. Die Zahl der Streikenden erhöhte sich bis 20. Juni auf 200.000 Werkstätige.

### Streikkämpfe des öffentlichen Dienstes in Berlin

Im Rahmen der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes in Berlin begannen im Mai Streikkämpfe der Landesbeschäftigten. Am 21. Mai gingen 4.000 und schon am 29. Mai 10.000 Beschäftigte des Berliner öffentlichen Dienstes, insb. Erzieherinnen, auf die Straße. An diesem Tag blieben 240 Kitas und 380 Horte geschlossen. Die Streiks wurden auch im Juni fortgesetzt. (jW 22.05, 30.05.08)

### Militante Kämpfe am 1. Mai 2008 in der Türkei

Trotz eines Aufgebots von 18.000 schwerbewaffneten Polizisten und zusätzlichen Einheiten der Armee wollten sich Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und Mitglieder verschiedener demokratischer Organisationen an der 1.-Mai-Demonstration auf dem Taksim-Platz in Istanbul beteiligen. Mit massiver Gewalt wurde die Demonstration auf dem Taksim-Platz unterdrückt. Bereits in den frühen Morgenstunden gingen Polizeieinheiten mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Tausende von Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Linke vor, die sich zu einem Demonstrationzug formierten. Im Verlaufe des Tages kam es zu mehreren hundert Verletzten und zu ca. 1.000 Festnahmen. (jW 02.05.08)

### Militante Massenproteste in Algerien

In Oran, der zweitgrößten Stadt in Algerien, kam es Ende Mai zu einem militanten Aufstand, der in einem Arbeiterviertel begann und rasch auf andere Stadtteile übergriff. Die Proteste entzündeten sich an den allgemein schlechten Lebensbedingungen. Verwaltungsgebäude, Geschäfte und Lebensmitteldepots wurden gestürmt und brennende Barrikaden errichtet. Gleichzeitig wehrten sich die Aufständischen gegen Spezialeinheiten der Polizei, die mit Tränengas und Gummigeschossen versuchte die Empörung zu unterdrücken. In Algerien vergeht mittlerweile keine Woche, ohne dass es in irgendeinem Ort nicht zu Protesten kommt. (taz 31.05.08)

### Generalstreik in Tschechien

Gegen die Privatisierung von Kliniken und Krankenkassen, gegen eine geplante Rentenreform und gegen Reallohnverluste im öffentlichen Dienst kam es am 24. Juni in Tschechien zu einem landesweiten Generalstreik, an dem sich eine Million Werkstätige verschiedenster Branchen aktiv beteiligten. Neben Beschäftigten des öffentlichen Dienstes legten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Skoda-Werke, nahezu geschlossen, und des größten Bauunternehmens des Landes die Arbeit nieder. (jW 25.06.08)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten)

